

**Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Projektes
INKLUSIVES MARTINSVIERTEL**



15.05.2012 – 14.05.2014

Prof. Dr. Manfred Gerspach

Ulrike Schaab, Dipl.-Sozialpädagogin, M.A.

Hochschule Darmstadt

Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Soziale Arbeit

Menschen mit und ohne Behinderungen haben die gleichen Rechte.

So steht es in der UN-Behindertenrechtskonvention.

Im Projekt „INKLUSIVES MARTINS-VIERTEL“ haben wir versucht Ideen zu sammeln, wie Inklusion umgesetzt werden kann. Inklusion bedeutet „Zusammen leben“.

Dazu wollten wir herausfinden, wo es noch Schwierigkeiten gibt. Diese Schwierigkeiten heißen in schwerer Sprache „Barrieren“.

Von Beginn haben die Stadt Darmstadt, der Paritätische Wohlfahrtsverband, die Hochschule Darmstadt, die Software AG - Stiftung, der CBF, BEWO, ZwischenRäume, die Kurt-Jahn-Anlage, die Werkstatt und das Demenzforum zusammen gearbeitet.

Die Software AG – Stiftung hat Geld gegeben, damit die Hochschule die Erfahrungen sammeln und aufschreiben konnte. Viele haben beim Projekt bisher mitgeholfen. Es gab viele Veranstaltungen, damit sich Menschen mit und ohne Behinderungen kennenlernen. Vielen Dank dafür.

Gemeinsam haben wir in den Bereichen Arbeit, Bildung, Freizeit und Wohnen überlegt, was wir tun können. So haben wir uns in Gruppen getroffen; diese heißen:

- „Café Maloche“ für den Bereich Arbeit
- „Café Grips“ für den Bereich Schule
- „Café Freie Zeit“ für den Bereich Freizeit
- „Café Zu Hause“ für den Bereich Wohnen

Alle Menschen können sich an den Gruppen beteiligen.

Es gibt auch einen Stammtisch. Einmal pro Monat treffen sich Menschen in einer Gaststätte im Martinsviertel.

Viele Menschen werden behindert, weil nicht die nötige Unterstützung zur Verfügung steht. Auch werden Menschen mit Behinderungen manchmal bevormundet. Sie fühlen sich abhängig von ihren Betreuerinnen und Betreuern.

Alle Menschen sollen selbst bestimmen dürfen, wie sie leben möchten, an welchem Ort und mit wem. Sie haben das Recht, allgemeine Schulen zu besuchen und bei der Arbeit Unterstützung zu bekommen.

Menschen mit Behinderungen dürfen nicht benachteiligt werden. Sie sollen auch überall teilhaben können.

Das Projekt ist nicht zu Ende, es geht weiter!

Das Café Freie Zeit, das Café Maloche und das Café Zu Hause treffen sich immer noch. Alle können kommen. Mehr Informationen gibt es z.B. bei

Ute Laucks, Tel. 0 61 51 / 13 25 31

BEWO Darmstadt 0 61 51 / 39 72 777

ZwischenRäume 01 75 / 98 64 730

CBF Darmstadt 0 61 51 / 67 91 585

Kurt-Jahn-Anlage 0 61 51 / 97 10 880

Damit Inklusion besser gelingen kann, haben wir Tipps erarbeitet, die die Stadt Darmstadt berücksichtigen kann.

1. Es sollte eine Beratungsstelle geben, damit Menschen beraten werden können, wie sie selbstbestimmt leben können.
 - Gründung einer „People-First-Gruppe“.
 - Auch Eltern sollen Beratung erhalten können, wenn ihre Kinder älter als 6 Jahre sind.
 - Der Hilfebedarf soll unabhängig von Einrichtungen ermittelt werden.
 - Beratung für alle, die inklusive Angebote machen möchten.

2. Menschen, die nicht alleine Wege zurücklegen können, sollen Hilfen bekommen. Alle sollen die Möglichkeit haben,

Veranstaltungen zu besuchen und ihre Freizeit auch außerhalb ihres Wohnheimes zu gestalten.

3. Alle Veranstaltungen in Darmstadt sollen barrierefrei sein. Dazu braucht man Personen, die bei Bedarf unterstützen können, Übersetzer/innen für Deutsche Gebärdensprache und eine FM-Anlage für schwerhörige Menschen sowie rollstuhlgerechte Räumlichkeiten.

Es muss einfacher werden, damit Menschen, die zum Beispiel im Heim leben, auch begleitet werden, wenn sie unterwegs sein möchten. Es muss Möglichkeiten geben, dass sie auch kurzfristig abends ins Kino oder zu einer Veranstaltung gehen können.

4. Bei der Stadtverwaltung soll beraten werden, wie man Inklusion umsetzen kann. Welche Anträge man stellen muss und wo es Geld gibt, damit die Veranstalterinnen und Veranstalter wissen, wie sie Betreuerinnen und Betreuer, Pflegekräfte usw. bezahlen können.

5. Alle Ämter in der Stadt sollen künftig so planen, dass Menschen mit Behinderungen nicht mehr benachteiligt werden. Es soll eine Arbeitsgruppe „Inklusion“ geben.

6. Es soll ein Verzeichnis erstellt werden, über barrierefreie Veranstaltungsräumlichkeiten.

7. Es soll erklärt und aufgeschrieben werden, wie barrierefreie Veranstaltungen gemacht werden. Alle Menschen sollen überall dabei sein können.

8. Wohnheime schränken Menschen mit Behinderungen manchmal sehr ein. Daher soll die Hilfe nach den Wünschen der behinderten Menschen erfolgen. Wichtig ist, dass die Menschen selbst entscheiden können, was sie tun möchten, z.B. wann Besuch kommt oder wie lange jemand abends unterwegs sein möchte. Auch soll jede/r selbst entscheiden können, wie er oder sie sein Geld einteilt und wofür es ausgegeben wird.

Jede/jeder soll Möglichkeiten haben, sich Essen aus dem Kühlschrank zu nehmen, wann immer er/sie es möchte. Es gibt viele Beispiele.

Es soll Frauenbeauftragte in den Wohnheimen und Werkstätten geben.

Menschen sollen Möglichkeiten haben alleine oder mit Freunden/Freundinnen in Wohnungen zu leben. Sie erhalten dort alle Hilfe, die sie brauchen. Sie müssen keine Angst haben, wenn sie etwas nicht können. Wenn sie möchten, begleiten Sie die Betreuer/innen, damit sie sich in der Umgebung aufhalten können und dort ihre Freizeit verbringen.

9. Es soll Informationen über die UN-Behindertenrechtskonvention gegeben werden, damit alle darüber Bescheid wissen.

Regel-Schulen müssen sich so verändern, dass auch Kinder mit Behinderungen dort zur Schule gehen können. Das Städtische Schulamt, das Sozialdezernat und das Staatliche Schulamt sollen gemeinsam Geld dafür bereit stellen.

10. Auch im Hort sollen Kinder mit und ohne Behinderungen gemeinsam betreut werden.

Die Stadt Darmstadt soll künftig allen behinderten Kindern eine Möglichkeit geben, die Regelschulen zu besuchen. Das soll so geplant werden.

11. Die Christoph-Graupner-Schule wird renoviert. Dabei soll daran gedacht werden, dass auch Kinder ohne Behinderungen diese Schule besuchen könnten.

Kinder mit und ohne Behinderungen könnten hier gemeinsam unterrichtet werden. Lehrer und Lehrerinnen aus einer Grundschule und aus der Christoph-Graupner-Schule könnten zusammen arbeiten und unterrichten.

12. Inklusion soll auch von der Gemeinwesen-Arbeit in den Stadtteilen beachtet werden. Die Gemeinwesen-Arbeit in den Stadtteilen unterstützt Menschen, damit sie in ihrem Viertel gut leben können. Menschen erhalten Hilfe, wenn sie Probleme haben. Alle

Menschen dort sollen erfahren, was man beachten muss, damit behinderte Menschen nicht ausgeschlossen werden.

13. Es soll eine Behinderten-Beauftragung in Darmstadt geben, damit behinderte Menschen sich an jemanden wenden können, wenn sie Fragen oder Probleme haben.

Es ist wichtig, dass sich jemand für sie und ihre Wünsche bei der Stadt einsetzt und sie dort vertritt. Der/die Behinderten-Beauftragte soll eng mit der Bürger-Beauftragten der Stadt Darmstadt zusammenarbeiten.

Bisher gibt es eine Behinderten-Beauftragung für Bauen und Mobilität. Es sollen auch andere Lebens-Bereiche beachtet werden.

14. Bei der Arbeit sollen Menschen mit Behinderungen die Hilfen bekommen, die sie vor Ort bei der Arbeit brauchen. Behinderte Menschen müssen nicht unbedingt in der Werkstatt arbeiten. Es sollen auch andere Arbeitsplätze gesucht werden. Die Menschen sollen dann dort so viel Hilfe bekommen, damit sie gut arbeiten

können. Dafür können sie das persönliche Budget beantragen.
Dann kann sie jemand bei der Arbeit unterstützen.

Wenn weniger Menschen in der Werkstatt arbeiten, könnten diese Räume auch anders genutzt werden. Zum Beispiel für Berufsschulen.

Für Schülerinnen und Schüler mit Lern-Schwierigkeiten sollen Praktikumsplätze auch außerhalb der Werkstatt gesucht werden, damit sie andere Arbeitsplätze kennenlernen.

Auch bei der Stadtverwaltung, in Kindergärten und anderen Betrieben der Stadt soll es Arbeits- und Praktikumsplätze geben.

Auch wenn man halbtags in der Werkstatt arbeitet, muss es eine Wegebegleitung (Fahrdienst) geben.

15. Es sollte ein Büro für leichte Sprache bei der Stadt geben, damit alle Briefe und Schriftstücke in einfache Sprache übersetzt werden können. Menschen mit geistigen Behinderungen sollen prüfen, ob die Texte gut verständlich sind.

16. Die Stadt sollte einen Preis für Inklusion vergeben. Jede /Jeder, die/der sich um Inklusion bemüht, könnte diesen Preis bekommen (Vereine, Arbeitgeber, Schulen, und viele andere).

17. Künftig sollten Menschen selbst das Geld für den Bereich Freizeit und kulturelle Teilhabe bekommen. Nicht mehr die Einrichtungen. Dies nennt man persönliches Budget. Sie sollen selbst entscheiden, an welchen Freizeitangeboten sie teilnehmen möchten und können dafür dann auch dieses Geld bezahlen.